

Gedimmte Großmacht

Wie hell Amerikas Licht auf der Weltbühne leuchten wird, hängt vom Ausgang der Wahlen ab – der einst stabile überparteiliche Konsens in der US-Außenpolitik ist erodiert.

Von Rachel Tausendfreund

Nur wenige Tage nach der Veröffentlichung dieses Artikels werden die Bürgerinnen und Bürger der USA einen neuen Präsidenten oder eine neue Präsidentin gewählt haben. Ob sie sich für Donald Trump oder Kamala Harris entscheiden, wird zweifellos für Deutschland, die Ukraine und viele andere Länder der Welt dramatische Folgen haben.

Trump hat immer wieder betont, dass er die Unterstützung für die Ukraine beenden will. Sein ungarischer Verbündeter Viktor Orbán drückt es so aus: Trump werde „keinen Penny für den Krieg zwischen der Ukraine und Russland ausgeben. Deshalb wird der Krieg enden.“ Auch über den Ukraine-Konflikt hinaus wird die EU ohne die Unterstützung der Vereinigten Staaten kaum in der Lage sein, die globalen Herausforderungen zu bewältigen, die sie angehen will – vom Klimawandel bis zur Reform der multilateralen Institutionen.

Harris und Trump unterscheiden sich sowohl in ihren politischen Inhalten als auch in ihren Persönlichkeiten deutlich und folgenreich. Als Politiker mag Donald Trump eine einzigartige Erscheinung

sein. Wenn es aber um seine politische Ausrichtung geht, wäre es falsch, ihn als singuläres Phänomen zu betrachten. In den vergangenen 20 Jahren hat sich in der US-Außenpolitik ein dramatischer Wandel vollzogen, der sich auch im Denken der beiden Präsidentschaftskandidaten und ihrer Berater widerspiegelt. Die Verschiebungen sind neu – auch wenn sie in gewisser Weise eine Rückkehr zu historischen Positionen darstellen.

Neue, alte Doktrin der Republikaner

Die Außenpolitik der früheren Grand Old Party (GOP), also der Republikanischen Partei, war vom Ende des Zweiten Weltkriegs bis zum Erscheinen Trumps von der Doktrin der Primacy (Vormacht) geprägt. Die Doktrin wird von ihren libertären Kritikern wie Christopher Preble und William Ruger so beschrieben: „Sie geht von der Voraussetzung aus, dass die Vereinigten Staaten die unentbehrliche Nation sind und dass jedes Problem, an jedem Ort der Welt, durch Führung der USA gelöst werden muss, da es sonst auf die amerikanische Sicherheit zurückschlägt.“



Rachel

Tausendfreund

ist Senior Research Fellow mit dem Schwerpunkt Transatlantische Beziehungen/USA bei der DGAP.

Trump steht für eine eher isolationistische Position, wie sie etwas konsequenter von seinem Vizepräsidentenskandidaten J.D. Vance, einem lautstarken Gegner der Ukraine-Hilfen, vertreten wird. Trumps Slogan „America First“ geht auf das America First Committee zurück, eine isolationistische Interessengruppe, die sich gegen den Eintritt der USA in den Zweiten Weltkrieg aussprach und von dem berühmten Piloten (und Hitler-Verehrer) Charles Lindbergh angeführt wurde.

Heute werden die Isolationisten häufiger „Restrainer“ genannt. Die Primacy-Kritiker Preble und Ruger argumentieren beispielsweise, dass „Amerikas Anführer ihren Drang zum Einsatz von US-Militär zügeln sollten, wenn unsere lebenswichtigen Interessen nicht direkt bedroht sind. Sie sollten es vermeiden, in ferne Konflikte hineingezogen zu werden, die unsere Ressourcen aufzehren und unsere Sicherheit und Werte untergraben.“

Mit Blick auf Verbündete wie Deutschland und Europa sind die Restrainer der Ansicht, dass „eine zurückhaltende Außenpolitik andere dazu ermutigen würde, die Kosten für ihre eigene Verteidigung zu übernehmen“. Diese Überzeugung ist zentral dafür, wie Trump und Vance generell auf Europa schauen. Vance schrieb im Februar 2024 in einem Beitrag für die *Financial Times*: „[Wir] sollten das Geld, das Europa versäumt hat, für Verteidigung auszugeben, als das betrachten, was es wirklich ist: eine indirekte Steuer, die dem amerikanischen Volk auferlegt wurde, um die Sicherheit Europas zu gewährleisten.“

Der Krieg in der Ukraine hat den Restrainer-Flügel der Republikaner um Trump herum gefestigt. Mit jedem Gesetz zur Ukraine-Hilfe nahm der Widerstand in der GOP zu. Russ Vought, der unter Trump das Office of Management and Budget leitete und 2021 das Center for Renewing America

gründete, ist ein bekannter republikanischer Restrainer und Gegner der Ukraine-Hilfen: „Das amerikanische Volk ist des neokonservativen politischen Konsenses überdrüssig, der verlangt, dass Milliarden von Steuergeldern ausgegeben werden, um die Integrität der ukrainischen Grenze zu verteidigen, während für unsere eigene Grenze weder Ressourcen noch ein Verantwortlicher gefunden werden kann.“

Vought gehört auch zu den treibenden Kräften hinter dem Policy-Kompodium „Project 2025“ der Heritage Foundation. In diesem Plan wird eingeräumt, dass die Konservativen in der Frage der US-Hilfen für die Verteidigung der Ukraine gespalten sind. Tatsächlich sind diese Meinungsverschiedenheiten grundsätzlicher und komplizierter, als es die binäre Unterscheidung zwischen „Primacists“ und „Restrainers“ vermuten ließe.

Ein wichtiger und parteiintern mehrheitsfähiger Aspekt der neuen GOP-Außenpolitik ist die amerikanische Vormachtstellung gegenüber China – im Kern also eine robuste US-Außenpolitik, aber mit Fokus auf Asien. Das vielleicht prominenteste Mitglied der „China Hawks“ ist Elbridge Colby, der unter Trump etwas länger als ein Jahr lang Vize-Verteidigungsminister war und an der Nationalen Verteidigungsstrategie von 2018 mitwirkte. Colby vertritt die Ansicht, dass die USA ihre begrenzten Verteidigungsressourcen nutzen sollten, um zu verhindern, dass eine feindliche Hegemonialmacht die Vorherrschaft in der asiatisch-pazifischen Region erlangt. Deswegen sollten sich die USA von Europa, der NATO und Russland abwenden und der wachsenden Herausforderung durch China widmen.

Keine leuchtende Stadt

Selbst wenn Trump verlieren sollte und dies dazu führen würde, dass sich die

Republikanische Partei im Jahr 2025 von Grund auf neu erfindet, wird sie nicht mehr die Partei von John McCain oder Ronald Reagan sein. In der neuen Generation republikanischer Führungspersönlichkeiten gibt es keine Mehrheit für die Idee, dass Amerika eine „leuchtende Stadt“ sein sollte – ein Symbol für Freiheit, Demokratie und Hoffnung, und eine moralische Autorität auf der Weltbühne. In den Augen vieler Vertreter der Generationen, die in der Zeit der Kriege in Afghanistan und im Irak erwachsen geworden sind, haben sich diese großen Ambitionen als teuer und töricht erwiesen.

Auch wenn Republikaner wie Ron DeSantis, Ted Cruz und Nikki Haley, die eher zu den Primacists gehören, nach wie vor eine wichtige Rolle in der GOP spielen, sind es vor allem isolationistische Stimmen wie J.D. Vance und Josh Hawley, die bei konservativen Wählern großen Anklang finden. Sie stehen für Nationalismus und wollen Amerikas Auslandsengagement verringern, China als Hauptgegner konfrontieren und sicherstellen, dass die US-Außenpolitik unmittelbar den amerikanischen Wirtschafts- und Sicherheitsinteressen dient. Zwei Drittel der Demokraten und der ihnen nahestehenden unabhängigen Wähler sind der Meinung, dass die USA eine Verantwortung haben, der Ukraine zu helfen, während nur ein Drittel der Republikaner und der ihnen nahestehenden unabhängigen Wähler dieser Ansicht ist, wie eine Umfrage des Pew Research Center im Juli 2024 ergab.

Pragmatischer Internationalismus

Außenpolitisch hat sich die Demokratische Partei insofern zu einer konservativen Partei entwickelt, als sie versucht, Amerikas Führungsrolle in der Welt und einen gewissen Sinn für die „leuchtende Stadt“ zu bewahren.

In ihrer Dankesrede auf dem Parteitag der Demokraten am 23. August widmete Kamala Harris einige Minuten der Außenpolitik. In ihren Positionen signalisierte sie Übereinstimmung mit der Außenpolitik der Biden-Administration. So betonte sie die Bedeutung der US-Führungsrolle und der amerikanischen Werte: „Ich werde dafür sorgen, dass wir die Welt in die Zukunft führen, wenn es um den Weltraum und um Künstliche Intelligenz geht. Dass Amerika und nicht China den Wettbewerb um das 21. Jahrhundert gewinnt und dass wir unsere globale Führungsrolle stärken und nicht aufgeben.“

Die außenpolitische Bilanz von Harris, bevor sie Vizepräsidentin und damit Vertreterin der Politik Joe Bidens wurde, ist relativ dünn. Doch gibt es in der Demokratischen Partei (im Gegensatz zu Trumps Partei) einen breiten außenpolitischen Konsens über eine Außenpolitik im Stil von Obama und Biden. Harris' außenpolitische Berater, Philip H. Gordon und Rebecca Lissner, sind dafür gute Beispiele.

Isolationistische Stimmen innerhalb der GOP finden bei konservativen Wählern großen Anklang

Gordon ist Europa-Kenner; er diente in den Administrationen von Bill Clinton und Barack Obama. Er wird als Transatlantiker beschrieben, der „wirklich Wertschätzung zeigt für das, was die EU erreicht hat“. In einem 2019 veröffentlichten Artikel plädieren Gordon und sein Co-Autor Jeremy Shapiro für einen neuen transatlantischen Deal – „ein Deal, der auf einer realistischeren Vereinbarung zwischen Europa und den Vereinigten Staaten beruht und

den Bedürfnissen beider Partner besser gerecht wird“.

Nach seiner Zeit in der Obama-Regierung, wo er im Bereich der Nahost-Politik arbeitete, schrieb Gordon ein Buch über die Torheit der US-Versuche, im Nahen Osten den Wechsel zu demokratischen Regierungen zu erzwingen. In „Losing the Long Game“ schreibt Gordon, dass sich seit 1945 die Versuche der USA, Regimewechsel herbeizuführen, „in jedem Fall [...] als weitaus kostspieliger und schwieriger erwiesen haben als erwartet, und in keinem Fall auch nur annähernd zu einer stabilen Demokratie geführt haben, trotz der Versprechen mancher Befürworter“.

Dennoch kommt Gordon nicht zu dem Schluss, dass Untätigkeit oder Resignation die richtige Antwort seien. „Die Vereinigten Staaten sind noch immer die wichtigste Macht der Welt und verfügen über einzigartige Fähigkeiten, die ihnen ein beispielloses Potenzial und die Verantwortung verleihen, eine Schlüsselrolle in einer Region zu spielen, in der entscheidende US-Interessen auf dem Spiel stehen.“

Harris' stellvertretende Beraterin für Außenpolitik, Rebecca Lissner, gehörte bereits dem Nationalen Sicherheitsrat (NSC) von Präsident Biden an. Zusammen mit Mira Rapp-Hooper, die in Bidens NSC als Senior Director für Ostasien und Ozeanien zuständig ist, veröffentlichte sie 2020 das Buch „An Open World: How America Can Win the Contest for 21st Century Order“. Die Autorinnen argumentieren darin, dass die USA nicht versuchen sollten, weiterhin als unangefochtener Hegemon aufzutreten, sondern in ihrem globalen Auftreten bescheidener werden sollten. Die USA müssten die Tatsache akzeptieren, dass ihre Rivalen, zum Beispiel China, stärker und einflussreicher als früher seien. Trotzdem sollte sich Washington gegen jeden Versuch zur Wehr setzen,

Die Internationale Politik jetzt auch zum Hören



Sie finden uns überall,
wo Sie Podcasts hören.
Gleich QR-Code scannen,
abonnieren und keine
Folge verpassen.



Herrschaftsphären – ob territorial oder technologisch – zu errichten, zu denen kein kommerzieller, militärischer oder diplomatischer Zugang von außen möglich sei. Außerdem sollten die USA das „messianische“ Ziel aufgeben, die Welt nach ihrem Bilde zu formen. Die Autorinnen schlagen stattdessen eine weniger umfassende Rolle vor, die darin besteht, „für eine positive Vision einer internationalen Ordnung einzutreten, die sich Verbündete und Partner zu eigen machen können – eine Ordnung, die wir als ‚offene Welt‘ bezeichnen“.

Das Ziel einer offenen Welt, so argumentieren Lissner und Rapp-Hooper in einem Beitrag für *Foreign Affairs*, „erfordert nicht, dass die Vereinigten Staaten alle potenziellen militärischen oder politischen Herausforderer dominieren, wie es in der Zeit nach dem Kalten Krieg der Fall war. Es verlangt den Vereinigten Staaten auch nicht ab, uneingeschränkten Handel und uneingeschränkte Einwanderung zuzulassen oder von einer strengeren Kontrolle ihrer Grenzen in Notfällen abzusehen.“

Die Demokraten bleiben Idealisten, aber mit einem klareren Verständnis der Grenzen amerikanischer Einflussnahme in der Welt

Eine an Gordon, Lissner, Rapp-Hooper und anderen orientierte Außenpolitik der Demokraten ist sich der Grenzen der US-Macht und ihrer früheren Fehler bewusst. Gleichzeitig bemüht sie sich um eine positive Führungsrolle gegenüber den Partnern. Sie ist bescheidener und pragmatischer. Dennoch wäre es falsch

zu behaupten, die Demokraten seien zu Anhängern des Realismus geworden. Realismus in der Außenpolitik ist ein theoretisches Konzept, das die Aspekte der Konkurrenz und des Konflikts in den internationalen Beziehungen betont und den Fokus auf den Erhalt des eigenen Landes, das Überleben des Staates und die Wahrung des Kräftegleichgewichts legt.

Der zentrale Unterschied zwischen dem Realismus der Republikaner und den entsprechenden Vorstellungen der Demokraten ist der Glaube an Bündnisse und eine multilaterale Ordnung. Die Demokraten sind nach wie vor davon überzeugt, dass beides für die Sicherheit und den Wohlstand der USA unverzichtbar ist und dass eine bessere Welt möglich bleibt. In diesem Sinne bleiben sie Idealisten, aber mit einem klareren Verständnis der Grenzen amerikanischer Einflussnahme in der Welt.

Kooperationswillige Progressive

Dennoch wäre es falsch zu behaupten, dass es bei den Demokraten keine Meinungsverschiedenheiten über die Außenpolitik gibt. Am heftigsten wird derzeit über die Israel-Politik der USA gestritten. Wie der linke Senator Bernie Sanders, in vielerlei Hinsicht der Vater der heutigen Koalition der Progressiven, im März 2024 in *Foreign Affairs* schrieb: „Nachdem die USA Milliarden von Dollar zur Unterstützung des israelischen Militärs ausgegeben haben, verteidigen sie, praktisch als einziges Land der Welt, die rechtsextreme Regierung von Premierminister Benjamin Netanjahu, die einen Feldzug des totalen Krieges und der Zerstörung gegen das palästinensische Volk führt, was zum Tod von Zehntausenden – einschließlich Tausender Kinder – und zum Verhungern von Hunderttausenden im Gazastreifen geführt hat.“

Sanders ist einer der drei demokratischen Senatoren, die im Frühjahr 2024 gegen die Freigabe von 95 Milliarden Dollar zur weiteren Unterstützung der Ukraine, Israels und Taiwans stimmten. Im Repräsentantenhaus, wo der Gesetzentwurf in vier Teile aufgeteilt wurde, stimmten 97 von 99 progressiven Demokraten für den Ukraine-Gesetzentwurf. Bei der Abstimmung über die Israel-Hilfen zeigte sich diese Gruppe von Abgeordneten mit 64 Ja- und 33 Nein-Stimmen dagegen gespalten.

Israel ist nicht der einzige Konfliktpunkt. Sanders und andere Progressive kritisieren das „Schüren von Ängsten im Zusammenhang mit der Bedrohung durch China und das stetige Wachstum des militärisch-industriellen Komplexes“ sowie „Militarismus, Gruppendenken und die Gier und Macht der Konzerninteressen“, die die US-Außenpolitik dominierten. Dennoch sprachen sie sich nicht nur mit überwältigender Mehrheit für die Ukraine-Hilfen aus, sondern befürworteten auch viele der Maßnahmen, mit denen die Produktion von Hochtechnologie in den USA gefördert werden soll – als Beitrag, um den Wettbewerb mit China um das 21. Jahrhundert zu gewinnen. Die Unterschiede sind demnach eher eine Frage des Grades als der grundsätzlichen Richtung.

Harris' Team steht für den neuen Konsens im außenpolitischen Establishment der Demokraten, das sich die Zurückhaltung gegenüber Engagements im Ausland, für die Progressive wie Sanders seit Jahrzehnten eintreten, zum Teil zu eigen gemacht hat. Das Ergebnis ist, dass die Progressiven innerhalb der Demokraten – im Gegensatz zum rechten Flügel der Republikaner – Bidens Außenpolitik insgesamt unterstützen. Sind die Wahlen allerdings erst vorbei und lässt Israels Premierminister Netanjahu den Krieg mit der Hisbollah weiter eskalieren und widersetzt sich

Harris' Team steht für den neuen Konsens im außenpolitischen Establishment der Demokraten

einem Waffenstillstand mit der Hamas, ist damit zu rechnen, dass immer mehr Demokraten aus dem progressiven Lager und darüber hinaus weitere Militärhilfe für Israel blockieren werden.

Außenpolitik weniger berechenbar

Die Außenpolitik der Vereinigten Staaten nach dem Zweiten Weltkrieg war auch deshalb außergewöhnlich, weil sie weitgehend außerhalb der „normalen Politik“ lag. Trotz erheblicher Differenzen zwischen Demokraten und Republikanern gab es einen parteiübergreifenden Konsens über die Rolle der Vereinigten Staaten in der Welt und die Vorstellung, dass man aus wichtigen Fragen der globalen Stabilität keinen parteipolitischen Vorteil schlagen sollte.

Dies ist die womöglich wichtigste Veränderung: Außenpolitik ist jetzt Teil der normalen Politik – der überparteiliche Konsens ist erodiert. Auch wenn dies in vielerlei Hinsicht positiv ist, bedeutet es für Verbündete wie Gegner, dass die amerikanische Außenpolitik weniger stabil und politisch umstrittener geworden ist. Die Rolle der USA als Weltpolizist oder europäischer Sicherheitsgarant wird von den amerikanischen Wählern nicht mehr einfach als Norm akzeptiert. Im besten Fall kann dieser Wandel zu einem ausgewogeneren Verhältnis in den globalen Beziehungen führen, was aber auch zur Folge hat, dass andere Länder mehr Verantwortung übernehmen müssen.

Aus dem Englischen von Bettina Vestring

IP